

# PARLAMENTSTICKER

AUS DEM LANDTAG | 13. MAI 2020



Foto: Bremische Bürgerschaft

## BÜRGERSCHAFT DEBATTIERT CORONA-PANDEMIE UND IHRE FOLGEN

**Die Bürgerschaft hat heute erneut die Corona-Pandemie und ihre Folgen debattiert. Der Vorsitzende der SPD-Fraktion, Mustafa Güngör, nahm in seiner Rede sowohl die wirtschaftlichen als auch die sozialen Folgen der Pandemie in den Blick. Dabei sprach er sich dafür aus, den vom Senat geplanten Bremen-Fonds nicht nur für kurzfristige Hilfen für Betriebe und Unternehmen zu nutzen, sondern auch dazu, mittel- und langfristig die öffentliche Infrastruktur zu stärken. Zudem regte der Sozialdemokrat an, Endgeräte in die Lernmittelfreiheit aufzunehmen. Güngör: „Der Ausnahmezustand trifft die Schwächsten am härtesten. Das dürfen wir nicht zulassen!“**

„Die Corona-Pandemie ist eine globale Katastrophe mit enormen, für uns bislang immer noch nicht abschätzbaren wirtschaftlichen, sozialen und gesellschaftlichen Folgen“, sagte SPD-Fraktionschef Mustafa Güngör heute in der Bürgerschaftsdebatte zu einer Regierungserklärung, die Bürgermeister Andreas Bovenschulte zur aktuellen Situation der Pandemie abgegeben hatte. Er verwies auf Italien und Großbritannien, die ein Beispiel dafür seien, wie dramatisch die Pandemie auch hierzulande hätte verlaufen können. In Deutschland sei es – auch dank der ausdauernden Disziplin der Bürgerinnen und Bürger – gelungen, die Zahl der Verstorbenen im Verhältnis zu den Infektionen vergleichsweise gering zu halten. „Nur so konnten wir alle gemeinsam die Anfangsphase der Pandemie relativ glimpflich hinter uns lassen“, erklärte er. Eines sei in dieser Zeit – auch durch vielfältiges ehrenamtliches Engagement – außerdem deutlich geworden: „Der Solidargedanke ist wichtiger denn je! Und diesen Gedanken müssen wir weiter stärken!“

„Wir wollen und wir werden unserer Verantwortung gerecht werden“, betonte Güngör und verwies auf den Bremen-Fonds,

den der Senat aufgelegt hat und der nun Gegenstand der Haushaltsberatungen werden soll. Die SPD-Fraktion setze sich dafür ein, dass dieser vor allem auch dazu genutzt werde, Betriebe und Unternehmen kurzfristig zu unterstützen. Ebenso wichtig sei es aber, dass damit mittel- und langfristig die öffentliche Infrastruktur belebt wird, sodass im besten Fall die Wirtschaft und der Arbeitsmarkt gestärkt aus der Krise hervorgingen. Güngör: „Wir werden unser Möglichstes tun, damit diejenigen, die Tag für Tag die Wirtschaft im Land Bremen am Laufen halten, sich gewiss sein können, dass wir unter Hochdruck an Lösungen und Konzepten arbeiten und diese umsetzen.“

Dabei ging Güngör auch auf die Situation von Familien ein. „Die Pandemie trifft Familien, Kinder und Jugendliche auf besondere Weise“, sagte er. Und insbesondere Frauen seien oft mehrfach belastet von der Situation. „Wir müssen aufpassen, dass tradierte Rollenbilder nicht wieder die Oberhand gewinnen“, mahnte der Sozialdemokrat und ergänzte: „Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf muss für beide Geschlechter gelten!“ Dies, aber zum Beispiel auch sinkende Meldungen

im Bereich der Kindeswohlgefährdung, die darauf hindeuteten, dass nicht mehr alle Fälle bei den Behörden angezeigt würden, sprächen für eine stufenweise Öffnung von Kitas und Schulen. Dies sei auch aus pädagogischer Sicht notwendig – besonders für Kinder, die sich in einer benachteiligten Lebenssituation befänden und sprachliche, schulische oder integrative Förderbedarfe hätten. „Studien zeigen, dass Lernrückstände bei vielen Kindern infolge des Homeschoolings jetzt schon schwer aufholbar sind. Umso wichtiger ist es, dass wir schnell handeln und die Schulen sukzessive öffnen“, so Güngör.

Es sei gerade jetzt der richtige Zeitpunkt, über digitale Standards an den Schulen zu diskutieren, sagte der Sozialdemokrat und forderte: „Die nötige technische Infrastruktur muss gestellt werden, damit diejenigen, deren Eltern ökonomisch schwach sind, dadurch nicht benachteiligt werden, sondern die gleichen Möglichkeiten haben.“ Benötigte Endgeräte sollten daher Teil der Lernmittelfreiheit sein, regte Güngör an, denn: „Wir müssen der digitalen Spaltung entgegenwirken. Der Ausnahmezustand trifft die Schwächsten am härtesten. Das dürfen wir nicht zulassen!“

## ANTRAG **PFLEGEKRÄFTE BESSER BEZAHLEN!**

**Beschäftigte in der Pflege sollen mehr Geld erhalten – und dies soll über einen flächendeckenden Tarifvertrag geschehen. Das hat die Bürgerschaft heute in einem Antrag beschlossen, den die SPD-Fraktion gemeinsam mit Grünen und Linken eingebracht hatte. „Wir wollen ernst machen mit der gesellschaftlichen Anerkennung der Altenpflege, und zwar durch ihre Aufwertung mithilfe eines allgemeinverbindlichen Branchentarifvertrags“, erklärte die sozialpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, Birgitt Pfeiffer.**

Gerade in den vergangenen Wochen, in den Zeiten der Corona-Pandemie war es ein Thema in der Öffentlichkeit: Die Arbeitsbedingungen und die Bezahlung in der Pflege. Viele Menschen spendeten Beifall, um ihre Wertschätzung für diese wichtige Arbeit in besonders herausfordernden Zeiten zum Ausdruck zu bringen.

Doch dies, so erklärte die sozialpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, Birgitt Pfeiffer, sei nicht genug. Denn die Arbeitsbedingungen in der Altenpflege seien schwierig und die Entlohnung sei gering. Viele Stellen blieben zudem lange unbesetzt, der Personal- und Fachkräftemangel sei bekannt und verschärfe sich. Und schließlich gebe es eine erhebliche Lohnlücke zwischen Alten- und Krankenpflege. Pfeiffer: „Und das wird erst so richtig schwierig, wenn sich die ersten Absolvent\*innen der neuen



Birgitt Pfeiffer

generalistischen Ausbildung in den Markt bewegen. Sie werden mehrheitlich in die Krankenpflege gehen, wenn es uns nicht gelingt, die Löhne in Kranken- und Altenpflege bis dahin anzugleichen.“



Foto: CHW/ Fotolia.com

„Daher wollen wir den Beifall umwandeln“, erklärte Pfeiffer die Stoßrichtung des heute beschlossenen Antrags, „in ein klares Signal für einen allgemeinverbindlichen Tarifvertrag, in ein klares Signal für eine Reform der Finanzierungssystematik, die die Eigenanteile der Pflegebedürftigen deckelt und nicht die der Kassen, damit nicht am Ende die Pflegebedürftigen allein die Zeche zahlen. Und nicht zuletzt wollen wir den Beifall in einen ersten konkreten Schritt umwandeln, indem wir die Entlohnung nach Tarif zur Voraussetzung für die Zusage

von Investitionsmitteln landesgesetzlich regeln.“

„Was wir brauchen ist ein umfassendes Gesamtpaket für die Altenpflege bundesweit“, fasste Pfeiffer zusammen, „Das muss uns die Sorge um die Ältesten in unserer Gesellschaft auch wert sein.“

> **Antrag: Pflege sichern, Tarifbindung stärken!**

[bit.ly/pflege\\_aufwerten](http://bit.ly/pflege_aufwerten)

## ANTRAG **LABORASSISTENTEN: ALTERNATIVEN FÜR AUSBILDUNG PRÜFEN**

**Medizinisch-technische Laboratoriums-assistent\*innen – kurz MTLA – werden derzeit auch bei der Diagnostik im Zuge der Corona-Pandemie benötigt. Auf Initiative der rot-grün-roten Koalition soll der Senat nun ermitteln, wie hoch der entsprechende Fachkräftebedarf in Bremen und der Metropolregion ist, wie eine Fortsetzung der Ausbildung finanziert werden kann und wo ein möglicher Standort dafür eingerichtet werden könnte.**

Hintergrund des Antrages ist, dass der kommunale Klinikverbund Gesundheit Nord (Geno) seine Schule Ende September schließt. Diese Entscheidung wolle sie

nicht kritisieren, erklärte die gesundheitspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, Ute Reimers-Bruns. Denn der Grund sei, dass die Geno deutlich über dem eigenen Bedarf ausbilde und nur zehn Prozent



Ute Reimers-Bruns

der Absolvent\*innen pro Jahr selbst einstelle. Zudem gehörten die bisher genutzten Räume zu den Flächen des neu geplanten Hulsberg-Viertels.

„Angesichts der Corona-Krise

müssen wir die Entscheidung aber neu überprüfen“, sagte Reimers-Bruns mit Blick auf andere denkbare Lösungen und Standorte. „Um auf zukünftige Krisensituationen gut vorbereitet zu sein, muss die vorhandene medizinische Infrastruktur im Land Bremen neu bewertet werden, zu der auch die Ausbildungskapazitäten für MTLA gehören. Mit unserem Antrag geben wir der Gesundheitssenatorin daher einen klaren Auftrag, den Dialog für die Fortführung der MTLA-Ausbildung mit allen Beteiligten zu führen.“

> **Antrag: „Gegen den Fachkräftemangel: MTLA-Ausbildung in Bremen erhalten!“**

[bit.ly/mtla\\_hb](http://bit.ly/mtla_hb)